

**Haushaltsrede des Stadtkämmerers**  
**zur**  
**Einbringung des Doppelhaushaltes 2024/2025**  
**der Stadt Bergkamen am 26. Oktober 2023**

Sperrfrist: 26.10.2023 – 17:00 Uhr –

Es gilt das gesprochene Wort!

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,  
sehr geehrte Damen und Herren des Rates,  
liebe Bürgerinnen und Bürger,  
geschätzte Kolleginnen und Kollegen der Verwaltung,  
sehr geehrte Vertreterinnen und Vertreter der Presse und Medien,

ich möchte Ihnen heute den Haushaltsplan für die kommenden zwei Jahre vorstellen.

Als Kämmerer der Stadt Bergkamen ist es meine Aufgabe, die finanzielle Situation der Stadt zu bewerten und einen verantwortungsvollen Haushalt aufzustellen. Dem komme ich heute gerne nach.

Die guten Nachrichten vorweg: Wir behalten die **Handlungsfreiheit**, brauchen keine Genehmigung für den Haushalt und ich kann Ihnen einen Entwurf vorlegen, der ohne Haushaltssicherungskonzept auskommt! Damit gehören wir bald zu den Exoten in NRW.

Zunächst muss ich dennoch feststellen, dass wir uns in einer äußerst schwierigen **wirtschaftlichen Lage** befinden. Der Ukraine-Krieg, die Inflation, das gestiegene Zinsniveau, die Energiekosten, die steigenden sozialen Transferleistungen und die Lasten durch die Zuwanderung haben erhebliche Auswirkungen auf unsere Erträge und Aufwendungen gehabt und werden dies auch weiterhin tun.

Die Jahresergebnisse verschlechtern sich massiv. Die nächsten beiden Jahre schließen mit **negativen Ergebnissen** in Höhe von rd. 9 und 15 Mio. €. Am Ende der mittelfristigen Finanz- und Ergebnisplanung gelingt zwar der Ausgleich des Haushaltes im Jahr 2028, aber nur unter der Annahme einer möglichen Anhebung der Grund- und Gewerbesteuer im Jahr 2027.

Dies ist noch weit weg und auch erstmal nur eine rein theoretische Darstellung, abhängig von der Grundsteuerreform, der Altschuldenlösung und der Entwicklung der Konjunktur.

Entscheidend für alle, die in Bergkamen zur Miete oder im Eigentum wohnen ist aber erstmal, dass die Steuern stabil bleiben. Seit 2015 gab es keine Steuererhöhung und das soll möglichst lange auch so bleiben.

Die Ausgaben aber steigen massiv an. Beispielsweise werden sich die **Zinszahlungen** von rd. 1 Mio. € auf 5 Mio. € p.a. verfünffachen. Die Aufwendungen für soziale Transferleistungen steigen und machen rd. 45 % der Gesamtaufwendungen aus.

Die **Gewerbesteuereinnahmen** sind wie immer sehr volatil und auch die Anteile an der Einkommensteuer werden voraussichtlich weiter unter dem Landesdurchschnitt liegen. Dies stellt uns vor große Herausforderungen, da wir gleichzeitig wichtige Investitionen tätigen müssen, um die Infrastruktur unserer Stadt zu erhalten und auszubauen.

Daher muss ich deutlich davor warnen, dass die Kommunen finanziell vor der Handlungsunfähigkeit stehen, auch wenn wir in Bergkamen hier noch etwas mehr Zeit haben als andere Städte. 40 % der Kommunen in NRW gehen im Jahr 2024 in die **Haushaltssicherung** und weitere 20 % folgen im Jahr 2025. Die andauernde multiple Krisenlage treibt die Kommunen, von Bund und Land alleingelassenen, mit dem Rücken an die Wand.

Die kommunalen Haushalte sind einem **so kurzfristig nie dagewesenen massivem Druck** ausgesetzt und stehen vor Problemen, die vor Ort – ohne Hilfe aus Bund und Land NRW – nicht mehr gelöst werden können. Wir in Bergkamen zehren noch von den Reserven, diese sind aber endlich. Rund 25 Mio. € brauche ich aus der Rücklage, um den Haushalt auszugleichen. Das Land NRW hat die verfassungsrechtliche Verpflichtung zur Gewährleistung der erforderlichen Finanzausstattung der Kommunen als Teil der durch das Grundgesetz unterstrichenen kommunalen Selbstverwaltungsgarantie und muss dieser nun dringend nachkommen.

Um die aktuellen Herausforderungen durch die **multiplen Krisen** zu bewältigen, haben wir im Verwaltungsvorstand schon verschiedene Maßnahmen ergriffen. Zum einen haben wir Einsparungen in verschiedenen Budgets vorgenommen, um unsere Ausgaben zu reduzieren. Dabei haben wir besonders darauf geachtet, dass wichtige soziale Projekte nicht beeinträchtigt werden. Zum anderen haben wir uns intensiv um zusätzliche Einnahmequellen bemüht. Wir konnten beispielsweise Fördermittel für große und kleine Projekte im sozialen, kulturellen und technischen Bereich akquirieren und haben uns darum bemüht, dass Gelder effizient – also mit einem am Aufwand gemessenen hohen Wirkungsgrad – ausgegeben werden.

Trotz dieser Maßnahmen müssen wir jedoch auch **Einschnitte** hinnehmen. Es wird notwendig sein, einige geplante Investitionen zu verschieben oder ganz zu streichen. Dies betrifft vor allem den Bereich der nicht gesetzlichen Aufgaben, wo wir leider nicht alle geplanten Projekte umsetzen können. Auch bei der Personalplanung müssen wir **Grenzen setzen**, was zu einer Reduzierung von Standards führen wird.

Daher muss ich Ihnen, sehr geehrte Damen und Herren des Rates, bereits jetzt deutlich sagen, dass viele Ämter der Verwaltung an die Grenzen der Leistungsfähigkeit gekommen sind.

Neue Aufgaben, sei es durch Anträge der Fraktionen oder gesetzliche Zuweisungen, werden wir – ohne Kompensation – kaum noch oder gar nicht mehr übernehmen können. Entweder fallen dann andere Aufgaben weg oder wir priorisieren und strukturieren um. Das wird nicht geräuschlos gehen.

Bei dieser Gelegenheit kündige ich auch an, dass auf Beschluss des Verwaltungsvorstandes die Verwaltungsvorlagen für den Rat und die Ausschüsse ab 2024 dahingehend geändert werden, dass bei allen Entscheidungen die **tatsächlichen finanziellen Auswirkungen** hinsichtlich der Folgekosten ausgewiesen werden. Sie werden also vor der Entscheidung sehen, welche Kreditkosten, Abschreibungen, Personal- und Sachkosten entstehen werden. Das schafft Klarheit über die Nachhaltigkeit und den Ressourcenverbrauch der Entscheidung und schützt uns alle davor in Projekte zu gehen, deren Auswirkungen nicht klar auf der Hand liegen.

Mit größtem Bedenken habe ich die **Weiterfinanzierung von manchen freiwilligen Einrichtungen** noch mit in den Finanzplan aufgenommen. Politik und Verwaltung haben sich z.B. bei der Eishalle im Mai 2023 darauf verständigt, nach Erhalt der Kostenberechnung erneut zu entscheiden, ob und wie umfangreich die Sanierung der Eissporthalle sein soll. Nach den reinen Zahlen zu urteilen können wir uns dieses Objekt nicht mehr leisten. Aber eine Stadt ist mehr als nur eine Ansammlung von Zahlen und es ist Ihre Entscheidungshoheit, wofür das Geld ausgegeben werden soll. Daher begrüße ich es sehr, wenn Politik und Verwaltung gemeinsam die zu investierenden Finanzmittel begrenzen und budgetieren. Dafür muss man aber zuvor Klarheit darüber haben, welchen Standard eine Einrichtung haben soll oder welche Ziele mit einer Investition verfolgt werden.

Es ist uns wichtig, dass wir die **Lebensqualität** in unserer Stadt aufrechterhalten und weiterentwickeln. Deshalb werden wir auch in den kommenden Jahren in wichtige Bereiche wie Bildung und Kultur oder Umwelt und Infrastruktur investieren. Wir werden beispielsweise den Ausbau von Kitaplätzen vorantreiben und die Sanierung von Schulen fortsetzen. Die neue Jahnschule, die Feuerwache Oberaden, das Stadtmuseum oder das Betriebsgebäude für den Stadtbetrieb Entwässerung und die Rathaussanierung sind nur einige hier besonders herausragende Projekte.

Zudem werden wir in den Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs investieren, um die Mobilität unserer Bürgerinnen und Bürger zu verbessern und gleichzeitig einen Beitrag zum Klimaschutz zu leisten.

Dies ist auch eine **Aufgabe unseres Kreises**. Dieser benötigt dafür eine angemessene Finanzausstattung und die kann er sich über die Umlage bei den Kommunen holen. Wir sind da am unteren Ende der Nahrungskette und müssen all das auffangen, was auf den höheren Ebenen entschieden wurde. Danken und ausdrücklich anerkennen möchte ich die kommunalfreundliche Haltung von Landrat und Kreiskämmerer, mit denen wir immer konstruktiv zusammengearbeitet haben und weiter werden. Die Zahllast der Kreisumlage ist in den letzten Jahren immer gesenkt worden, was den wirtschaftlichen Rahmenbedingungen entsprach. Nun hat sich der Kurs aber verändert und viele **Städte und Gemeinden im Kreis laufen auf Grund**.

Daher ist es unsere Aufgabe, für die Interessen unserer Bürgerinnen und Bürger in unseren Kommunen einzustehen. Deswegen haben die zehn Städte und Gemeinden die Stellungnahme zum Kreishaushalt in diesem Jahr mal ein bisschen robuster formuliert und in dem rechtsförmigen Verfahren ihre Rechte und Pflichten etwas intensiver wahrgenommen. Über eine dadurch ausgelöste sachliche und fachlich tiefere Diskussion freuen wir uns und sind gespannt, ob es zu einer Verbesserung der Zahllast kommen wird.

Ein wichtiges Thema des Haushaltsplans ist die **Grundsteuerreform 2025**. Wir werden die notwendigen Schritte einleiten, um die Umsetzung der Grundsteuerreform transparent zu gestalten. Das Grundsteueraufkommen soll in den nächsten Jahren stabil bleiben. Schon jetzt ist aber absehbar, dass es nach der neuen Grundsteuerreform zwischen Privatgrundstücken und Gewerbegrundstücken zu sog. Belastungsverschiebungen kommt. Wie sich diese Verschiebungen auswirken und welche Maßnahmen ich dann dem Rat vorschlagen werde, wird aber erst nach der Proberechnung im Jahr 2024 klar werden. Ich wage mal die Aussage, diese Reform wird in diesem Jahrzehnt wieder reformiert werden müssen. Steuergerechtigkeit kann man m.E. nicht herstellen, wenn es in den Bundesländern unterschiedliche Bewertungsmethoden gibt. Dies wird aber sicherlich wieder gerichtlich geklärt werden.

**Nachhaltigkeit** spielt ebenfalls eine große Rolle in unserem Haushaltsplan. Mit diesem Haushalt werden wir verstärkt in erneuerbare Energien investieren und Maßnahmen zur Energieeinsparung fördern. Zudem werden wir den Ausbau von Fahrradwegen vorantreiben und den öffentlichen Raum grüner gestalten. Nur durch nachhaltiges Handeln können wir langfristig eine lebenswerte Stadt für kommende Generationen schaffen. Ein Baustein hierfür ist auch der erstmals in der Planung der Ansätze vorgegebene Aspekt der Nachhaltigkeit auf Grundlage einer Nachhaltigkeitsrichtlinie. Dabei handelt es sich nicht um das allumfassende finale Werk. Es ist vielmehr nur der Einstieg in die nachhaltige Finanzsteuerung, um das Denken aller Budgetverantwortlichen und Entscheider in Richtung Nachhaltigkeit und Ressourcenschonung zu lenken. Und mit etwas Stolz auf die eigene Stadtverwaltung kann ich Ihnen schon jetzt sagen, das hat im ersten Anlauf sehr gut funktioniert.

Nachhaltig und effizient ist für mich auch die **Reduzierung von unnötigem Verwaltungsaufwand** für Ehrenamt und Verwaltung. Viele Abläufe innerhalb der Verwaltung, aber auch zwischen Politik und Verwaltung, sind ritualisiert, kompliziert und nicht ergebnisorientiert. Allein die Menge an Seiten, die Sie eigentlich lesen sollten.

Ich habe das mal grob überschlagen und bin nur bei der Zusammenrechnung von Jahresabschlüssen, Haushaltsplan, Prüfberichten und Konzepten auf 2.722 Seiten pro Jahr gekommen, OHNE die Sitzungsvorlagen. Das sind bei durchschnittlicher Lesegeschwindigkeit rund 75 Lesestunden, also 1,4 Lesestunden pro Woche und ohne Urlaub usw. – wie gesagt kommen die Sitzungsvorlagen, Fraktions- und Gremiensitzungen noch hinzu. Ohne Arbeitsteilung geht das nicht und selbst dann stelle ich mir die Frage, ob das in Summe überhaupt eine Aufgabe für einen politischen Vertreter der Bürgerschaft sein sollte. Beim Abbau der Komplexität den Versuch zu unternehmen, mit gutem Beispiel voranzugehen, ist mir wichtig und daher habe ich diesen Haushaltsplan auf das Wesentliche eingekürzt. Sie bekommen daher erstmals den Plan in zwei Bänden. Band 2 brauchen Sie nicht zwingend, das ist „nur“ der Produkthaushalt und hat kaum strategische oder politische Steuerungsfunktion. In Band 1 spielt die Musik. Hier finden Sie den neuen Vorbericht mit der Satzung und den wesentlichen Anlagen. Fokussieren Sie sich gerne auf diesen Band 1, der nicht mehr 800 Seiten, sondern nur noch rund 240 Seiten umfasst.

Trotz oder besser gerade wegen der schwierigen wirtschaftlichen Lage sollten wir auch konjunkturbelebende Maßnahmen ergreifen. Die gezielten und **hohen Investitionen** von fast 100 Mio. € in Infrastrukturprojekte bewirken auch, dass Arbeitsplätze geschaffen werden und die Wirtschaft von den kommunalen Aufträgen profitiert. Diese Investitionen haben positive Effekte und tragen zur Stärkung unserer Stadt bei.

Nur müssen diese Gelder auch ausgegeben werden und die Projekte zum Abschluss kommen. Ich höre immer wieder die Fragen: **Warum dauert das so lange?** Wieso planen die Bauleute so lange? Warum gibt ihr das Geld nicht aus? Darauf gibt es nicht diese eine, einfache Antwort, woran es liegt. Ich kann Ihnen aber sagen, woran es nicht liegt: Es liegt nicht an den Normen und Regelungen, die der Rat der Stadt Bergkamen erlassen hat. Die Gesetze und Verordnungen im Vergaberecht, Bauplanungs- und Bauordnungsrecht, Tarif- und Beamtenrecht, Denkmal- und Bodenschutzrecht, Datenschutzrecht usw. kommen aus Brüssel, Berlin und Düsseldorf. Und wenn es denn mal die Möglichkeit gibt, eine Abkürzung zu gehen und Projekte auf eigenes Risiko zu beschleunigen, sehen sich Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung einem ansteigenden Haftungsrisiko ausgesetzt. Der Dienstherr kann sie nicht wirksam vor rechtlicher Inanspruchnahme schützen, wenn eine Abkürzung mal in einer Sackgasse enden sollte.

Natürlich können auch Stadtverwaltungen Projekte langsam oder schnell bearbeiten und natürlich ist auch hier manchmal noch Luft nach oben. Den rechtlichen Rahmen aber setzen EU-Kommission, Bund und Land und dieser Rahmen passt nicht mehr zum tatsächlichen Bild unserer Zeit.

Der Präsident des Bundesverfassungsgerichtes, Prof. Dr. Stephan Harbarth, hat in seiner Festrede beim Festakt zum Tag der Deutschen Einheit am 3. Oktober 2023 gesagt:

*„Unser Staat muss [...] tradierte Handlungsmuster selbstkritisch überprüfen und anpassen, er muss lernen, seine Komplexität zu begrenzen und zu reduzieren. Er muss – auf allen Ebenen – besser, schneller, vor allem lösungsorientierter werden. Die Handlungs- und Leistungsfähigkeit unseres Staates ist Grundvoraussetzung für das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in unsere Ordnung, für den sozialen Zusammenhalt in unserem Land, für die Wehrhaftigkeit unserer Demokratie nach innen wie nach außen, für die selbstbestimmte Prägung unserer Lebensbedingungen auch in einer globalisierten Welt.“*

Dem ist für mich nichts hinzuzufügen, außer dem dringenden Appell an alle politischen Funktionäre in den Parlamenten, diesen Aufruf ernst zu nehmen, und zwar sofort.

Zum Abschluss möchte ich betonen, dass dieser **Haushaltsplan ein Kompromiss** zwischen Wunsch und Realität ist. Wir mussten auch hier schwierige Entscheidungen treffen und Prioritäten setzen. Dennoch sind wir zuversichtlich, dass wir mit diesem Plan die finanzielle Stabilität unserer Stadt gewährleisten können und gleichzeitig wichtige Investitionen tätigen, um die Lebensqualität unserer Bürgerinnen und Bürger zu verbessern.

An dieser Stelle bedanke ich mich sehr bei meinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in der Kämmerei für die Aufstellung dieses Haushaltsplanes und bei allen Kolleginnen und Kollegen, die daran ebenfalls mitgewirkt haben. Ihr habt mit Hochdruck an der Erstellung dieses Haushaltsplanes gearbeitet und wieder einmal gezeigt, was ihr könnt. Vielen Dank, ich bin immer wieder beeindruckt von der hohen Qualität und Einsatzbereitschaft dieser Verwaltung!

Ich danke auch Ihnen im Saal dafür, dass Sie mir zugehört haben, und freue mich auf eine konstruktive Diskussion über den Haushaltsplan der Stadt Bergkamen.

Vielen Dank!

Marc Alexander Ulrich

Beigeordneter und Stadtkämmerer